Abend-Ausgabe. Nr. 544. **Berlin**, Sonnabend, den 19. November 1892.

Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung.

Gott mit uns. Gott für König und Vaterland.

Nr. 544. Abend-Ausgabe. **Berlin**, Sonnabend, den 19. November 1892.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig. mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne Nr wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königsgräser-Straße Nr 15, und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Preußische Zeitung.

Für den Monat Dezember

beträgt der Bezugspreis für die Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung für Berlin 2,50 Mk., mit Botenlohn 2,85 Mk., für das deutsche Reich und Oesterreich 3 Mk. Alle Post-Anstalten und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Wir bemerken hierbei, daß bei der Post nach Ablauf des ersten Monats im Vierteljahre Bestellungen auf zwei Monate, nach Ablauf des zweiten Monats im Vierteljahre Bestellungen auf einen Monat angenommen werden.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

△ **München**, 19. November. (Privat-Telegramm.) Herzog Ludwig in Baiern vermählte sich heute mit Fräulein Antonie Barth. (Herzog Ludwig, geb. 21. Juni 1831, der zu Gunsten seines Bruders Karl Theodor dem Successionsrechte im Mazerat entsagt hat, war morganatisch vermählt mit Henriette Freifrau v. Wallersee, geb. Mendel, die am 12. November 1891 verstorben ist.)

Pest, 18. November. (W. T. B.) Eine Versammlung der Delegirten von etwa 40 Vereinen der Hauptstadt beschloß einstimmig die Veranstaltung eines Fackelzuges zu Ehren des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle. Derselbe dürfte am nächsten Mittwoch zur Ausführung kommen.

Paris, 18. November. (W. T. B.) Die Polizei verhaftete heute einen angeblichen Anarchisten, einen Deutschen, Namens Fritz Büschl, 36 Jahre alt, angeblich aus Köln. Derselbe soll anarchistische Broschüren vertrieben haben, er wegert sich, seine Wohnung anzugeben. — In einer Versammlung der zur Zeit hier anwesenden sozialistischen Führer wurde auf Antrag der Marxisten beschlossen, die Berichte von dem Berliner Sozialistenkongreß abzuwarten, bevor man weitere Entschließungen faßte. Gleichzeitig gab die Versammlung ihrer Unzufriedenheit mit den letzten Revolutionen Ausdruck, man habe darin die sozialistischen Prinzipien aufgegeben.

Paris, 19. November. (W. T. B.) Die Blätter konstatiren den vom Kabinet in der gestrigen Kammersitzung errungenen Erfolg und schreiben ihn den entschiedenen und loyalen Erklärungen des Ministerpräsidenten Loubet zu. Die energische Haltung des Premierministers gilt für sehr wahrscheinlich, ebenso die Organe der Opposition dies nach wie vor in Zweifel ziehen.

Paris, 19. November. (W. T. B.) Sämmtliche Blätter fordern zur Prüfung Figuier auf, sich sofort gegen die Anklage zu vertheidigen, daß er im Dezember 1886 der Panama-Gesellschaft zwangsweise 300 000 Frcs. zur Wahlagitation gegen Boulanger abgenommen habe. Die Verhandlungen gegen die Verwaltung der Panama-Gesellschaft ergeben eist in der nächsten Woche. Nach der ersten Gerichtssitzung werden die Verhandlungen um 2 Monate vertagt.

London, 19 November. (C. B. H.) Zwischen Arbeitslosen und der Polizei kam es, nachdem ein Meeting im Tower in sehr unruhiger Weise geschlossen war, zu einem Handgemenge. Als die Polizei den die Ruhe durchstörenden Mann festnehmen aufzulesen versuchte, wurden mehrere verwundet.

Lissabon, 18. November. (W. T. B.) Dem König und der Königin, die heute hier wieder eingetroffen sind, wurden bei der Ankunft enthusiastische Ovationen dargebracht. Die Stadt ist mit Flaggen reich geschmückt. Abends zogen Illumination und Kunstfeuerwerk statt.

Stockholm, 19. November. (C. B. H.) Der besondere Ausschuß des Reichstages hat die von seiner zweiten Abtheilung vorgeschlagenen mehrfachen Aende nrungen der mit der Armee-Reorganisation in Verbindung stehenden Gesetze angenommen. Die Mitglieder des Ausschusses, welche der ersten Kammer angehören, bezeichnen jetzt die Kommunikationsmittel als einen geeigneten Weg zur Aufbringung der Mehrkosten der Armee-Reorganisation, somit der vor der Regierung kontraktlich binden und rechtsgiltigen Summe auf Grund-Erwerb und Enteignung der der zweiten Kammer angehörenden Mitglieder bestimmen den Reformvorschlägen.

Bukarest, 18. November. (W. T. B.) Der König und der Thronerbe Prinz Ferdinand sind heute Abend wieder hier eingetroffen. Die Minister und andere hohe Würdenträger waren zum Empfange am Bahnhofe erschienen. Von einer zahlreichen Volksmenge enthusiastisch begrüßt, wurden der König und der Thronerbe mit Fackeln zum Palais geleitet. Die Stadt war reich festlich; der Platz vor dem Schloß bekränzt.

New-York, 18. November. (W. T. B.) Meldung des „Neuterschen Bureaus": Das amerikanische Lloyd-Dampfschiff „Seguranca" ist mit dem Inhaber-Gouverneur von Rio Grande do Sul, Marschall Peixoto, eingetroffen. Der Kapitän des Schiffes hatte die von den Behörden von La Guaira gestellte Ausliefernung des Gouverneurs verweigert. Man befürchtet daraus Verwickelungen, da das Schiff zu den Vereinsstaaten gehört.

Kulturkampf in Ungarn?

Die liberale Presse aller Länder beprickt mit großem Behagen die jüngsten Vorgänge in Ungarn, und an allen Stellen, wo man weiter hinsieht, gerichtet ist und aus seinem Herzen keine Mördergrube macht — s. B. in der französischen „Wellerin" — triumphirt man bereits über den Sieg des Liberalismus über die Kirche. Auch antisemitischen Blättern hat Kaiser Franz Joseph in die ultramontane Zivilehe gewollkt.

Die alten „Kulturkämpfer" schwimmen über die Ansicht neuen Hades zwischen Kirche und Staat, zwischen Katholiken und Protestanten. Allein wir gewinnen keinen Anschluß, daß diese „frommen" Wünsche sich nicht erfüllen. Natürlich wird es viele Debatten geben, am Ende kann auch eine Krisis entstehen, wenn nämlich die Magnatentafel die Zivilehe-Vorlage ablehnt, aber ein „Kulturkampf" resultirt daraus nicht. Dem Zivilehegesetz wird die katholische Kirche in Ungarn sich fügen, wie sie sich in Frankreich, Deutschland und anderen Ländern gefügt hat.

Seit dem deutschen Kulturkampf ist es Mode geworden, daß jeder Zwistigkeit zwischen Staat und Kirche gleich den Ruf „Kulturkampf" ausmünzen. Wie entsteht denn aber ein Kulturkampf? In welchen Fällen kann man erwarten, daß die katholische Kirche den Staatsgesetzen offenen Widerstand leistet? Nur dann, wenn die staatliche Gesetzgebung die Staatshoheit über innere Angelegenheiten der Kirche festsetzt, wenn Rom fürchten muß, daß z. B. die staatliche Regulirung der Vorbildung der Geistlichen und ähnliche Maßnahmen der Kirche einen neuen Geist einflößen, der mit dem „römisch-katholischen" in Widerspruch steht. Dann denkt Rom: „sit ut est aut non sit". Die Katholiken Mag-gesetzgebung würde z. B., wenn sie durchgeführt wäre, anderen Anschauungen, wahrscheinlich liberal katholischen, in der katholischen Kirche Deutschlands zum Durchbruch verholfen haben, und der Staat hätte auch den Gesetzen gemäß liberale Priester gegen die Kirchenbeamten in ihren Aemtern geschützt. In solchem Falle wehrt sich die katholische Kirche bis zum Aeußersten. Sobald sie fremden Einflüssen auf ihrem Gebiete Spielraum gestattet, ist sie verloren, ist sie nicht mehr die „römisch-katholische" Kirche, sondern ein Sprechsaal verschiedener Anschauungen und Richtungen. Sie will geschlossen dastehen und lieber untergehen in dem einen Lande der Welt, als freiwillig selbst auf ihre Wesenheit verzichten. — In allen anderen Dingen läßt sie mit sich reden.

Das Ministerium Wekerle ist unter dem Zeichen der obligatorischen Zivilehe ins Amt getreten. Man hat gemeldet, der Fürstprimas Vaszary habe dem Kaiser Franz Josef erklärt, er ziehe eventuell die obligatorische Zivilehe der fakultativen vor, und dies erscheint uns auch nicht als ganz unwahrscheinlich, denn die erstere hat mehr den Charakter eines notarieellen Aktes als die letztere, welche an die Stelle der kirchlichen Trauung tritt.

Die Zivilehe ist immer bedauerlich, weil damit ein Stück guter alter Ordnung und Sitte im Volke schwindet, weil sie dadurch die Leichtfertigkeit und die Verachtung kirchlicher Institutionen befördert, und deshalb werden auch die gläubigen Katholiken und Evangelischen Ungarns gewiß Opposition gegen das Projekt machen. Aber ein offener Widerstand gegen die Zivilehe ist nicht denkbar, auch die katholische Kirche wird der „lex perfecta" gegenüber ihre Proteste einstellen. Hat also das Ministerium Wekerle weiter keine kirchenpolitischen Reorganisationsprojekte als die Zivilehe, so dürfte nach den bevorstehenden Kämpfen doch der Friede wiederhergestellt werden.

Immerhin ist es ein Mißverhältniß, wenn in der einen Reichshälfte die Zivilehe besteht und in der andern nicht. Auch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß selbst dieses Gesetz wieder im Sinne magyarischer Unterdrückungsgelüste ausgebeutet wird. Denn die Matrikelführung dürfte auch bei den Romänen, Kroaten und Deutschen in magyarischer Sprache erfolgen, vielleicht auch sogar die Anrede der Zivilstandsbeamten. Dieser Nebenzweck trägt, wie uns aus Pest berichtet wird, „das meiste zur Popularität der Zivilehe bei den Magyaren bei". (!) Was natürlich nicht hindert, daß unsere Berliner Judenblätter einstimmig ein „Salve" anstimmen, denn was kommen die Siebenbürger Deutschen gegen die glorreiche Institution der Zivilehe in Betracht!

Im übrigen glauben wir, daß die jetzt in Ungarn herrschende enorme Aufregung mehr ein „Sturm im Glase Wasser" ist. Einen veritablen „Kulturkampf" in Ungarn könnte man überdies auch im nationalen Interesse nicht wünschen, weil er der dreibundsfreundlichen Partei des Vatikans ihren bestimmlich bald bevorstehenden Sieg wahrscheinlich unmöglich machen dürfte. Man braucht sich vor dem Papste nicht zu beugen, aber ihn ohne Noth zu reizen, kann einem katholischen Staate bedenklich werden. Die Entfremdung zwischen der österreichischen Regierung und dem Vatikan, welche als Folge der den Ungarn gemachten Zugeständnisse nicht ausbleiben kann, hat jedenfalls eine über die Grenzen Oesterreichs hinausreichende politische Bedeutung.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Se. Maj. der Kaiser und König verweilte auch heute zur Abhaltung größerer Hofjagden in der Göhrde. Vormittags 9 Uhr erfolgte vom Jagdschlosse aus der Aufbruch zur Jagd nach dem Dabeshausmoor, wo zunächst ein eingestelltes Jagen auf Rehwild stattfand. Hierauf war der Kaiser mit der erkrankten Jagd-Gesellschaft zum Fuchsbau in dem hier zu errichtenden Jagdzelte vereint. Demnächst wurde die Jagd mit einer Suche mit der Findermeute im abgestellten Jagen am „Waischbabel" fortgesetzt. Nach Beendigung der Suche trat die Jagdgesellschaft die Rückkehr nach dem Jagdschlosse an, wo um 2 Uhr die Mittagstafel stattfand. Abends 6 Uhr gedenkt der Kaiser mit den nächsten Gästen im Hiesigen Residenzschloß Gerbe zu verlassen und von der Station Göhrde aus mittels Sonderzuges um 7 Uhr über Lüneburg und Charlottenburg die Rückkehr nach der Station Wildpark anzutreten. Se. Maj. der Kaiser wird mit seinem nächsten Umgebung Abends 11 Uhr dort, bei, bald darauf im Neuen Palais zurückkehren. Mit dem Sonder-Zuge kehren auch der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, der Prinz Albert von Schleswig-Holstein, die Fürsten Radziwill und v. Schaumburg nach Berlin, der Potsdam zurück. Gestern wurden auch Se. K. H. der Prinz Heinrich und Se. K. H. der Großherzog von Hessen am Abend von der Göhrde zu mehrstündigem Besuche hier erwartet, mit ihnen kehrten am 4. d. M. an der Hof-Jagdhütte Jäger Alt, der Kaiserlich Königlich Oesterreich. Kaiserliche Generalmajor Graf Wolkenstein-Trostburg, Gräfin Lanna und Fräulein v. Sieghartsberg-Mauthner in besonderer Audienz.

— Se. K. H. der Prinz Georg kehrt nächstens Dienstag von hier nach dem Neuen Palais, am Donner Maj. der Kaiser und Königin nach seiner Residenz von den Jagdzelten bei Herbstreisen einen Besuch abstatten.

— O Der verwitwete Herzog von Braunschweig, Prinzessin Alexandrine, ist nach Berlin gereist.

— Der Prinz Hermann zu Solms-Braunfels hat Berlin wieder verlassen und sich zu Fuß nach Darmstadt begeben.

— Der Herzog von Aubrie ist gestern aus Genua in Italien hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen.

— Der Kriegsminister, General der Infanterie v. Kaltenborn-Stachau hat für heute Einladungen zu einer größeren Festmahl ergehen lassen.

— Zu Ehren des italienischen Botschafters Graten Lanza findet heute auf der russischen Botschaft ein Diner statt.

— Der Oberstlieutenant Frhr. v. Scheele, stellvertretender Gouverneur für Deutsch-Ostafrika, ist nach Ost-Afrika abgereist.

— Der Oberstlieutenant Frhr. v. Richthofen, etatsmäßiger Stabsoffizier im ostpreußischen Infanterie-Regiment Nr. 41, der Major v. Görne, zuletzt im Infanterie-Regiment von Manstein (schleswigsches) Nr. 85 und der Major Freiherr Schultz-Kurzbach, zuletzt beim General-Kommando des 1. Armeekorps, haben Berlin nach kurzem Urlaub wieder verlassen. — Der Direktor der Militär-Reitschule, Major Zickwitz, ist von Urlaub hierher zurückgekehrt. — Der Major Hohenzaun Abtheilungs-Kommandeur im schleswigschen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 9, ist mit Urlaub hier eingetreten, ebenso der Hauptmann Frhr. v. Schönfeld vom Grenadier-Regiment Königin Elisabeth in Paris.

— Der Lieutenant Johannes von der chinesischen Schutztruppe, früher Sekonde-Lieutenant beim 4. ostpreußischen Infanterie-Regiment Nr. 63, ist hier eingetroffen.

— Zu Kaiserlichen Kammerherren-Kammerherren sind ernannt: die Rittmeister Freiherr Waltin zu Esterdam, Graf Eichelmeyer zu Tornburg a. d. Saale und Hermann Treutler aus Altona (Schleswig-Holstein).

Vom Fürsten Bismarck.

Unter dieser Ueberschrift bringt das „Berl. Tageblt." eine angeblich aus Hamburg kommende Zuschrift, die vor allem als Material ohne Kommentar wiedergeben: Die in einem Gewinger Blatt aufgetauchte Andeutung, daß welcher einige Bundesfürsten sich demnächst weilten, die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck zu überbrücken, eine Nachricht, die in Leipzig nach der Rückkehr Blums von dem Besuch in Varzin in die Presse gelangt ist, hat dadurch nicht den Wert der Neuheit für uns gehabt. Die Nachricht ist schon, aber lediglich in einer etwas anderen Fassung, während der Reise des Fürsten Bismarck nach Wien, zu uns gekommen. Man erzählte hier damals folgendes: Frhr. v. Stumm habe, es sei dahingestellt, auf wessen Veranlassung, im Sinne einer Versöhnung zu wirken sich bemüht. Der Kaiser habe auch schließlich, besonders nach der Vorstellung, daß im Falle des Dahinscheidens des Fürsten eine starke Verstimmung im Volke zurückbleiben würde, wenn nicht vorher eine freundliche Annäherung stattgefunden hätte, seine Zustimmung dazu gegeben, daß eine Vermittelung versucht würde. Fürst Bismarck aber habe nicht, wie ihm nahe gelegt und erwartet wurde, um die Vermittelung des Großherzogs von Baden gebeten, weil die Beziehungen zwischen ihm und dem Großherzog seit der Affäre mit der Oeffentlichkeit nicht mehr ungetrübt seien, der Fürst habe vielmehr die Vermittelung des Prinzregenten von Baiern gewünscht. Dieser habe auch Sympathie für die Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses zwischen dem Kaiser und dem Genialsten Kanzler gehabt, aber mit Rücksicht auf die unbeantwortete Schweigeepistel der Prinz abgelehnt. Man habe nun nicht mehr an einen anderen Bundesfürsten herantreten können und so ist nichts aus der Sache geworden.

So erzählte man sich in Kreisen, welche direkt oder indirekt Informationen aus Friedrichsruh zu schöpfen haben wollen. Wie einem aber kein und ein Lachen die Einzelheiten etwas anders, im ganzen jedoch übereinstimmend den Kern der Erzählung, von der wohl auch ein Berliner Blatt Kunde hörte, das vor der letzten Begrüßung des Fürsten Bismarck Andeutungen über die Möglichkeit einer Versöhnung machte. Die Leser von der Erzählung, die ja erforderlichenfalls von dem „Hamb. Nachr." richtigstellt werden kann, nur unserem Kommentar zu genehmen, als sie erkennen läßt, daß Fürst Bismarck einer Versöhnung gar nicht so abgeneigt war, wie vielfach angenommen wird. Erst als der Versuch fehlschlug und die bekannten Vorgänge entstanden, die der Grafen Bismarck in Wien sich abspielten, hat der Fürst die scharfen Erklärungen in der österreichischen Hauptstadt ab, während er noch in Berlin Schweigen als seine Pflicht bezeichnet hatte.

In dem Lichte einiger Erzählung wird kein Verhalten in Berlin und Wien noch etwas verständlicher als früher. Seit Wien scheinbert er keine Bitte gegen den gegenwärtigen Reichskanzler, den er vorher, wenigstens der Oeffentlichkeit gegenüber, ohne jede Feindseligkeit behandelt hatte. Die Ertzähle Caprivis nach Wien hat er wiederholt in Versammlungen dem verübt und dabei sehr scharfe Worte gebraucht, die sich vor einer nicht wohlwollen sahen. Es gehört, mitzutheilen, daß er einem Gast gegenüber die Handlungsweise Caprivis eine „Nobbeit" nannte. Und doch würden auch diejenigen, welche von diesen Gerüchten wenigstens berührt worden sind, ganz anders empfinden, wenn sie wüßten, was alles geschehen ist, bevor Graf Caprivi nach Wien gekommen ist. Die amtliche „Kölnischer Zeitung" hat kaum in diesen Jahre eine Bedeutung in dieser Richtung gemacht, indem sie sich etwa in dem Sinne ausließ, daß die Bismarckischen Landsmannschaften das Verhalten der Regierung doch ganz anders beurtheilen würden, wenn sie die Wahrheiten kennen, die Fürsten Bismarck kennen. Es ist in der That kaum glaublich, wie so der Fürst unternommen hat, um den Beweis seiner Unentbehrlichkeit zu erbringen. Offen und im geheimen, in der Presse und in Privatkreisen, in Berlin und an vielen anderen Stellen, auch im Auslande und Kaiserhofe gegenwärtig. Seitdem dürfen einmal unbedacht werden — es ist freilich schwierig, ihre Fäden zu verfolgen — so wird man erst wünschen, wie unerschöpflich die Geduld der Regierung, wie groß die Dankbarkeit des Kaisers gegen den Ratgeber seines Großvaters ist.

Es der ersten Zeit nach der Entlassung hörte man von den Fürsten manch bitter Wort gegen den Kaiser, den er bei der er viel bestrechenen letzten Begegnung vor seinem Rücktritt viel Schärfe eine schlechtes erwiesen hatte: „Ich weiß, daß ich Gr. Majestät schon damals hätte sein, aber ich kann nicht anders, der Welt sprechen. Es ist mein Mißlied, aber ich kann meine Schuld, daß ich mich zugleich mit dem hochverjagten Kaiser (Wilhelm I.) verterben bin."

Später sah der Fürst wohl ein, daß die Pfeile, die gegen die höchste Stelle gerichtet werden, auf den Schützen zurückfallen und einen nicht an dem gewünschten Ziele vorbeiziehen. Er nahm man Gegenteil als sein Ziel. Der Kaiser ist gewiß nicht ein keine nächste Antwort, und um ihn zu erreichen, ist ihm jedes Mittel recht. Zur Zeit ist er mit dieser Aufgabe vollauf beschäftigt. Es ist das der Regierung und dem Kaiser wohl bekannt. Was will Fürst Bismarck eigentlich? Wie, wenn man sich in Friedrichsruh nicht mehr genügen würde, es sei denn, daß ein solcher alt über die Erfüllung bestimmter Wünsche bringen würde. Gewalt der Kaiser an der Wahrheit einer Mitteilung? Glaubt er an jenen Fall, daß Bismarckische möglich werden könnte, daß er eine Rede in der Ausschußsitzung? Wenn er dies hoffnungsvoll, man ist zu zweifeln, daß kein Wohlwollen in dem Gesamtkreise mehr zu wünschen übrig bleibt, muß aber auch erkennen, daß er die Wut des Kanzlerzorns nicht mehr wieder tragen können. Es erfolgt 50 Jahre, und dann, wie wird der Fürst Bismarck Hohenzollern stehen. Die Schenken. Der Fürst nähert sich diesen den Achtzigern. Da wird es ihm nicht immer leicht, den Gesichtskreis ein wenig Gesichtsinn zu bewahren. Wer erinnern nur an heute in Hans Blum gemachten Bemerkungen über die Demütigen Schlesiers Zimmer, welche selbst Stadt traber in den nächtlichen Kerzen für den Nachfolgebestätigen Schauspiele werden sein. Unserer Erinnerung nach hat der semiretirte Berlinter in Rom, Graf v. Kendell, Jahre ein durch Radziblers und der Prinzessin von der Wyck, hier zu Lebzeiten Kaiserin Friedrich erhalten. Dieses Verzeichnis, welches bewiesen, daß das Gerücht von Blumen nicht mehr unbedingt verbindlich ist, haben nicht verwundet. Es Zweifel der Fürst wenn wohl auch selbst, daß er nicht mehr der Bürde eines Amtes gewachsen ist. Aber heute ist es nicht mehr der Fall, daß Verfasserinnen für Kaiserin Friedrich Fürst Bismarck? Wahrscheinlich, daß das Letztere, wenn das aus dem heiteren wurde. Den Sohn hält der Vater, trotzt um so verzweifelter Mißverhältnisse, daß das Kaiserhaus die Gesamtheit Bismarckscher Wünsche bringen würde. Es ist ein Gedanke, daß der Kaiser, wenn das aus dem Ausland entfernen, sich auch gegenüber Berichte hüten in Form, wodurch sich eine Kollision zwischen ihm und Bismarck ergab, wieder keine Uebereinstimmung von Berlin und Altona und Jahre hatte. Dieser Gedanke ist vielleicht richtig. Aber „Berl. Tageblt." verschweigt, daß der Verlängerung des Diplomatenfreises des Grafen Bismarck ist der Kaiser auch in einem Berliner Blatt der „Kranke Jäger" als der wahrscheinlich anerkannt worden. Aber nicht politischer Ehrgeiz hatte den Grafen Bismarck gefleht — jetzt wurde ihm vielmehr von den ausländischen Fürsten ausgedrückt, daß er ihm einen der „kommenden Männer" sich und ihm dadurch die Liebenswürdigkeit und Glaubwürdigkeit der „N. A. Z." unbeliebt — sondern das militärische Interesse. Eine reitende Abteilung des Grafen Bismarck ist ein Ereignis, das nicht vorzuenthalten, das nicht verschwiegen, aber es hat in Kreisen, verschreckte Nachbarstaat in den Gedanken in Aus-Brandenburg gehalten, wenn mehr. Wenn der Fürst ebenso hatte, ihm als eine Angst ist dem Kaiser gegen Gegenstand hinzufügen zu können, so hat er sich gründlich geschätzt. Und die Verschwiegenheit in den Bundesfürsten, das wird der Kaiser wohl nicht vergessen, das wird er nicht vergessen. Der Kaiser hat niemals an eine Nachfortsetzung Bismarckscher Wünsche gedacht, unerfüllt, und dieses aber ist der Fall, wie er der das nach wahrscheinlich der letzten Jahre geschehen ist, verschieben, aber nicht aus dem Gesichtskreis jedoch kann, einmal in diesem Jahre die Hand zur Versöhnung der gegenwärtigen Bestimmungen reichen. In einzelnen Kreisen bezweifelt man, daß ein solcher Versuch, wie er, der Fürst Bismarck, ihm gemacht, in dieser Form, in dieser Form erfolgen werden, nicht erraten, ihm Offiziellen, der es nicht kennen, verschiedene neuerlich, der Fürst Bismarck habe das Schweigen des ersten Verhaltungsverbrechens zur Folge gehabt, der sehr Sinn des Kaisers, der ganz und gar nicht darauf gerichtet, Fürsten in einem entgegenkommenden Sinne zu beeinflussen, der er hat nicht mehr mitmachen. Nicht der Kaiser hat dem Fürsten wehe anthan, sondern der Fürst habe den Kaiser ein schlimm, der letzter Entfernung — namentlich bei der internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Berlin, wo der Kaiser der Majestät verletzt, wie er der Fürst Bismarck hatte Worte in nahe trat — und nach der Entlassung. Die Bundesfürsten leben aber das Treiben von Bismarck und seinen Leuten vielfältig entzückt, der Fürst habe viel von der Sympathie, die sie ihm bewahrt, verloren.

Landtags-Nachrichten.

* **Berlin**, 19. November. Der erste Tag der Steuerreformberathung im Abgeordnetenhause hat jedenfalls das im vollsten Maße gebracht, was manche vermuteten, als am 10. d. M. der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg mit einer nur kurzen Begründung die Vorlage überreichte, — eine sehr sorgfältige, sangengliederte, gedankenreiche Erläuterung des sogenannten Reformplanes durch den Finanzminister. In einer fast zweistündigen, oft vom Beifall der Mehrheit des Hauses unterbrochenen Rede legte Dr. Miquel den Zweck, die Wege und das Ziel seiner Steuerreform in klarer, gemeinfaßlicher und in glücklicher Polemik nicht selten humorvoller Weise dar. Noch glücklicher fast war er in seiner späteren Polemik gegen den Abg. Rickert. Freilich war dessen Rede von einer selbst bei ihm ersteunlichen unsachlichen Dürftigkeit, die auch dann wohl kaum gehoben wäre, wenn das Haus seinem Wunsche gemäß ihm noch einige Tage mehr zum „Studium" der Vorlage gegönnt hätte. Zum ruhigen, verständnißvollen Arbeiten fehlen Herrn Rickert eben alle Vorbedingungen. Er ist immer mehr zum bloßen Agitationsredner herabgesunken, der mit halbwahren oder ganz unwahren Behauptungen seinen anderen Zweck verfolgt, als durch zur Aufsicht zu Unzufriedenheit aufzureizen. Schlagend wies ihm das der Finanzminister nach an seiner Unterstellung nach, die neue Einkommensteuer habe keine Entlastung, sondern eine Mehrbelastung der unteren und mittleren Steuerstufen gebracht: Eine statistische Berechnung zeigte, daß bei den Einkommen von 900 bis 3000 M. im Jahre 1892/93 an Prozenten auf den Kopf des einzelnen Steuerpflichtigen entfallen 15,42 M., dagegen 1891/92 16,22 M. Die Einkommen von 3000 bis 8500 M. zahlen im Jahre 1892/93 100,12 M., 1891/92 116,11 M., d. h. 1892/93 2,36 pCt., 1891/92 2,50 pCt. Wenn jetzt unsere gerechtere Einschätzung mehr Censiten innerhalb der betreffenden Steuerstufen sich finden, so ist das keine Mehrbelastung des Einzelnen.

Die Ausführungen des nationalliberalen Abg. Dr Sattler bildeten eine zustimmende Wiederholung der in der Denkschrift entwickelten Gedanken. Mehr kann bei der erschöpfenden und klaren schriftlichen und mündlichen Begründung der Vorlage von einem Redner, der den Gesamtplan gutheißt ist und ihm daher nicht prinzipielle Opposition machen will, kaum erwartet werden. Im einzelnen gab der Vertreter der Nationalliberalen zu, daß unter seinen Gesinnen Gegner der Vermögenssteuer seien, die sie durch eine Erbschaftssteuer ersetzen wollten. Wir meinen, das, was der Finanzminister in Betreff der ganz nothwendig werdenden hohen Steuersätze auch für Deszendenten äußerst mäßig darlegte, wird die Freunde der Erbschaftssteuer einigermaßen entschädigen.

Den Gedanken, die durch die Vermögenssteuer verfolgten Ziele innerhalb der Einkommensteuer durch Zuschläge auf das hundierte Einkommen zu erreichen, bekämpfte der Minister zwar auch, doch gab er seine Bereitwilligkeit, jeden ihm zur Erreichung des Zwecks vorgeschlagenen Weg sorgfältig zu beachten, unzweideutig kund. Heute wird die Diskussion, deren Ende nicht abzusehen, fortgesetzt. Von Freunden der Vorlage wird zunächst der konservative Abg. v. Jagow sprechen. Mit einer hervorleichter Spannung erwartet man das Auftreten des Abg. Herrfurth, der sich zum Wort gemeldet, um der Vorlage seines früheren Minister-Kollegen entgegenzutreten.

= (Hans der Abgeordneten.) In den Abtheilungen des Abgeordnetenhauses sind die Vorsitzenden in gewählt worden: Dr. Lieber, Graf Mankiska (Zentr.) Graf Glaiten (Hoffsmeile, Simon v. Zatrow (kons.), Stengel (freikons.), Hobrecht, (natlib.), Rickert (freisinn).

Deutschland.

Berlin, 19 November.

— Dem zum 30. d. M. einberufenen Synodalrath sind als Gegenstände der Berathung die folgenden Fragen vorgelegt worden: 1) Was ist seitens der evangelischen Kirche zu thun, um die neue Gesetzgebung über die Sonntagsruhe für die Heilsamen des Sonntags in den Gemeinden fruchtbar zu machen? 2) Empfiehlt es sich im Interesse der Kirche, der in ärztlichen Kreisen vielfach gewünschten Veränderung im Wahlverfahren der Geistlichen durch Verzichtung der Pfarrdienstlasten und Reformierung der Pfarrgehalts nach dem Dienstalter näher zu treten?

— Die „Hamb. Nachr." schreiben: „Berliner Tageblatt" und andere Blätter recordieren den angeblichen Wortlaut der „vielen" Emser Depeschen und stellen ihn in Vergleich mit dem in der Form angeblich der „Nord. Allg. Ztg." von 13. Juli 1870 wiedergegebenen Texte. Die wesentlichen Abweichungen und Zusätze, welche die damalige Veröffentlichung der „Nord. Allg. Ztg." in mehr wiederzeichnen wird, ist aber viel länger und unbarmherziger als die Angaben, die der Abgeordnete Prinzen Radziwill über die Depeschen gemacht hat. Wenn der Prinzen Radziwill wird der Wortlaut vorerstens bekommen sein, so daß dieser die bei seiner Unterredungen, die er jetzt tritt alle die echte Emser Depesche bekommen werden, nicht benutzen konnte.

Brieg, 17. November. [Verfügung.] Wie der Kultusminister entschieden hat, müssen die Lehrer der evangelischen Oberrealschule sämmtlich ihren Wohnsitz in Brieg behalten. (R. Z.)

Aus Oberschlesien, 15 November. [Versammlung.] Eine denkwürdige Versammlung hat das nationalpolnische Blatt „Gazeta Ludowa", der Oberschlesischen Volkspartei am 10. d. M. Gerichtet. Es waren 1000 Personen anwesend, darunter 50 Geistliche, Nahezu 40 mehrere Stadtverordneten-Vorsteher auf einer und einzelne Zunge einer Bierbehausung anwesend waren, so daß die Versammlung kaum warten mußten, ehe die Versammlung eröffnet werden konnte. Es wurde Beschluß gefaßt, daß die Versammlung ersuchen werden sollte, die Verhandlungen auf eine und einzelne Zeit anberaumt. Es dauern die Verhandlungen jetzt vorerst bis auf 9 Uhr 15 Minuten, 9 Uhr 25 Minuten, 9 Uhr 40 Minuten u. s. w. so daß das Publikum vor Ungeduld sich zuletzt abzerstreut wird.

Münster, 18. November. [Bei den Stadtverordnetenwahlen] hat man in der ersten Abteilung nur immer der Stadtverordneten einmal bemerkenswerth ist aber, daß die in der I. Abteilung nur die Hälfte ihrer Kandidaten durchgebracht hat.

— **Kiel**, 18. November. [Vom Nord-Ostsee-Kanal.] Am Donnerstag in den Nachmittagsstunden wurde vorläufig der Kanal bis Kiel-Kiel-Kanal und vorläufig bis Kiel-Kiel-Kanal bis Kiel-Kiel-Kanal bis Kiel-Kiel-Kanal